

**Thomas Jonasson für die Konstanzer Friedensinitiative,
8. Juli 2026, 11 Uhr am Rathaus Konstanz, Kanzleistr.**

**(Kundgebung zu Abschaffung aller Atomwaffen anlässlich des jährlichen Flaggentag
der „Mayors for Peace“ am 8. Juli)**

Liebe Friedensfreudinnen und Friedensfreunde, liebe Konstanzer Bürgerinnen und Bürger, liebe Gäste

Wir sind heute hier zusammengekommen um am Flaggentag der Bürgermeister für den Frieden für eine Welt ohne Atomwaffen und für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen einzutreten.

Im Südkurier vom Samstag war zu lesen, dass Russland in der Ukraine massive Verluste erleidet, täglich tausende junger Männer in den Tod schickt und eigentlich keine Chance hat, diesen schrecklichen Krieg zu gewinnen.

Und vor ein paar Wochen wurde im Südkurier die neue Greenpeace-Studie vorgestellt, der zufolge die europäischen Nato-Staaten – ohne die USA – Russland militärisch in allen Bereichen mindestens 3-fach überlegen sind.

Und obwohl in der Ukraine sichtbar wird, dass Russlands militärische Möglichkeiten begrenzt sind – und obwohl die Zahlen mehr als deutlich belegen, dass Europa Russland militärisch weit überlegen ist, wird uns gleichzeitig gesagt, dass die Gefahr besteht, dass wir nach dem Ukrainekrieg von Russland überfallen werden und wir kriegstüchtig werden müssen.

Und wenn man dann sagt, Putin müsste komplett verrückt sein, um Europa zu überfallen erklärt man uns, dass er komplett verrückt sei und wir deshalb ein Hochrüstungsprogramm brauchen, das alles, was wir nach dem zweiten Weltkrieg an Hochrüstung erlebt haben, in den Schatten stellt.

Unser Kanzler strebt an, dass Deutschland militärische Großmacht wird. Er will erreichen, dass Deutschland die stärkste konventionelle Armee in Europa bekommt – und dies darf kosten, was es wolle – und er meint damit, dass der Sozialstaat abgebaut, das Gesundheitswesen verschlechtert und die Bildungsmöglichkeiten verringert werden müssen.

Die Kosten für die Aufrüstung haben sich zwischen 2017 und 2024 bereits von 37 auf 75 Milliarden verdoppelt und sollen sich in den nächsten Jahren nochmal mehr als verdoppeln.

Und nach der Erklärung Trumps keine neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland stationieren zu wollen hat unser Kanzler erklärt, dass Deutschland und Europa jetzt eigene brauchen – und dass diese natürlich auch atomar zu bestücken seien und wir so Teil einer europäischen Atommacht werden müssen.

Als in den 80-er Jahren des letzten Jahrhunderts neue amerikanische Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden sollten, gingen Hunderttausende auf die Straße und eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung lehnte diese Stationierung ab. Wir lehnten damals die Stationierung ab, weil wir verstanden haben, dass diese neuen Raketen Russland zu einem atomaren Erstschlag provozieren könnten. Dies deshalb, weil diese Raketen in der Lage gewesen wären, Russland in wenigen Minuten zu erreichen und einen Großteil der russischen Raketen zu vernichten.

Man konnte natürlich erklären, dass wir ja die friedlichen sind und uns nur verteidigen wollen und nie die Absicht haben Russland zu überfallen. Aber wer die Geschichte nicht ganz vergessen hatte, wusste ja schon, dass sich Russland trotzdem bedroht fühlen könnte, da es allein in diesem letzten Jahrhundert bereits zweimal überfallen worden war. Also wir sahen die Gefahr, dass Russland sich bedroht fühlen – und zu einem Erstschlag greifen könnte und haben dies in dem kurzen Satz zusammengefasst: „Raketen sind Magneten“. Wer Raketen stationiert erhöht die Gefahr von Raketen angegriffen zu werden.

Und heute? Die neuen Mittelstreckenraketen sind sehr viel schneller, sehr viel präziser, und haben viel mehr Möglichkeit ihre Ziele unentdeckt zu erreichen, da sie z. T. unter dem Radar fliegen. Also sie stellen – unabhängig davon was wir wollen – für Russland eine noch viel größere Bedrohung dar. Und ergo muss man die Gefahr, dass Russland präventiv zu einem Erstschlag greifen könnte, als viel größer einschätzen als in den 80-er Jahren.

An der Stelle werden wir von den Aufrüstungsbefürwortern beruhigt.

An der Stelle erklären sie uns, dass Abschreckung funktioniert.

Putin ist ihrer Ansicht nach niemals so verrückt, dass er Atomwaffen einsetzen würde, weil er ja wisse, dass dies seine Vernichtung bedeute.

Also wir sollen uns darauf verlassen, dass dieser grade noch für völlig verrückte erklärte Putin, der Europa mit konventionellen Waffen angreifen will, obwohl dies für ihn völlig chancenlos ist, letztlich dann doch ein so vernünftiger Putin ist, dass er nie und nimmer zu Atomwaffen greifen wird, obwohl Atomwaffen die einzige Waffengattung sind, bei der Russland Europa überlegen ist.

Sie widersprechen sich und es schert sie nicht, wenn ihre Argumentation widersprüchlich ist. So oder so: Das Prinzip ist immer dasselbe: Sie machen uns Angst und sagen dann: dagegen muss man aufrüsten.

Und sie drängen damit die Angst, die mit Abstand die am besten begründete, wäre – nämlich die Angst vor dem Klimawandel in den Hintergrund. Und perfiderweise wird dann durch die Aufrüstung die Gefahr des Klimawandels verschärft, da die CO-2 Bilanz des Militärs katastrophal ist.

Am Tag, als im Südkurier die Greenpeace-Studie veröffentlicht wurde, in der – wie gesagt – aufgezeigt wird, dass Russland höchstens ein Drittel des Militärpotentials der europäischen Nato-Staaten hat – und ergo, wenn man die militärische Grundregel, dass ein Angreifer dreimal so stark sein muss wie der Angegriffene – sein Militärpotential verneunfachen müsste, um eine Chance auf den Sieg zu haben, wurde die Angstmache etwas reduziert.

Im Kommentar wurde eingeräumt, dass die Gefahr, dass Russland Europa angreift, wohl doch nicht so groß sei – um dann zu erklären, dass man allerdings davon ausgehen kann, dass Russland das Baltikum angreift.

Auf die Möglichkeit eines russischen Angriffs auf die baltischen Staaten befragt, sagte der oberste US-Kommandeur, der Nato General Alexis Grynkeuich:

„Ich habe die Geheimdienste sehr genau beobachtet“, „Russland sucht nicht nach einem Konflikt. Sie verstehen den Begriff „Defensiv-Allianz“, und sie verstehen, dass wir eine Reihe asymmetrischer Vorteile haben.“

Nun – in einem Land in dem gefühlt 40 Millionen mehr vom Fußball verstehen als der Bundestrainer, kann ein Südkurier-Kommentator eine militärische Bedrohungslage schon auch mal besser einschätzen als der ranghöchste Nato-General.

Nein im Ernst: Das Prinzip dahinter bleibt dasselbe: Sie machen uns Angst, - und wenn die eine Angstmache nicht mehr glaubwürdig ist ziehen sie die nächste aus dem Hut – alles, um ihre Hochrüstung zu rechtfertigen.

Die Bewegung „Bürgermeister für den Frieden“ wurde 1982 vom Bürgermeister von Hiroshima gegründet, damit wir die atomare Katastrophe vom 6. August 1945 nicht vergessen.

Sie wurde gegründet, weil die Gefahr, dass die internationalen Konflikte zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt eskalieren, damals wieder gewachsen war und die Wiederholung so einer Katastrophe vielen wieder als möglich erschien.

Der Lindauer Stadtrat hat bereits 1982 einstimmig den Beschluss gefasst, „keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Lagerung und dem Transport von Atomwaffen dienen“.

Konstanz ist seit 1986 Mitglied der Mayors for Peace, Ravensburg seit 2004, Überlingen, Wangen, Friedrichshafen und Weingarten seit 2006, Lindau seit 2007 und Tettnang seit 2010.

Inzwischen gehören über 8000 Städte und Gemeinden aus 166 Ländern zu diesem Netzwerk, allein in Deutschland über 900.

Am 8. Juli 1996 – also heute vor 30 Jahren - veröffentlichte der Internationale Gerichtshof sein Gutachten zur Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen.

Seither begehen wir an diesem Tag den „Internationalen Flaggtag. Deshalb sind wir heute hier.

Am 26.3.2010 gab es den Beschluss aller Parteien des Bundestags „den Abzug der in Deutschland stationierten Atombomben mit Nachdruck zu verfolgen“!

2019 hat die Stadt Konstanz noch den ICAN Städteappell zum Beitritt des Atomwaffenverbotsvertrags unterzeichnet und setzt sich damit für die Abschaffung dieser furchtbaren Massenvernichtungswaffen ein. Inzwischen haben über 100 Städte und 4 Bundesländer diesen Appell unterzeichnet. Eine Aufforderung an die Bundesregierung zum Vertragsbeitritt blieb bisher leider erfolglos.

Die weltweite Friedensbewegung war in den 80er Jahren noch ein bedeutender Einflussfaktor. Und es gab in den unterschiedlichsten politischen Richtungen noch einflussreiche Kräfte, die eine Wiederholung der Katastrophe des zweiten Weltkriegs verhindern wollten. Dies zeigte sich in dem Bestreben über eine Vielzahl von Verhandlungen zu Abkommen zu kommen, mit denen die Rüstung begrenzt wurde. Die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen wurde verhindert und bestehende wurden abgebaut.

Es gab mehrere Internationale Rüstungsbegrenzungsabkommen und Atomwaffenbegrenzungsabkommen, die allerdings alle in den letzten Jahren ausliefen oder von Russland und den USA gekündigt wurden.

Zurzeit gibt es keine Abrüstungsverhandlungen und keine Abrüstungsabkommen.

Dabei wären diese angesichts der neuen Großmachtpolitik der großen Länder und der Hochrüstungseuphorie inklusive einer nuklearen Aufrüstungsspirale wichtiger denn je.

Derzeit planen, entwickeln und stationieren alle Atommächte neue Waffensysteme. Momentan bedrohen ca. 15000 Atomwaffen die Menschheit. Auch in Deutschland, in Büchel in der Pfalz, sind Atombomben stationiert. Sie werden in den nächsten Jahren durch weiterentwickelte und zielgenauere Typen ersetzt, womit die Hemmschwelle für einen Atomwaffeneinsatz sinkt. In Büchel bildet die deutsche Luftwaffe im Rahmen der innerhalb der NATO vereinbarten nuklearen Teilhabe Bundeswehr-Piloten für den Einsatz mit diesen Massenvernichtungswaffen aus. Dafür werden u.a. F35- Kampfbjets für mindestens 10 Mrd. € gekauft.

Und dies obwohl 85% der Deutschen den Abzug der US-Atombomben befürworten.

Und wie gesagt, Deutschland und Europa planen die Stationierung neuer hochmoderner Mittelstreckenraketen, über die Deutschland zur nuklearen Teilhabe kommen soll und die – wie gesagt – die Eskalationsgefahr weiter anheizen.

Eine friedliche Welt kann es nur ohne Atomwaffen geben, davon sind die Bürgermeister/Innen des Netzwerks überzeugt.

Die Opfer der beiden Atomwaffenabwürfe 1945 auf Hiroshima und Nagasaki mahnen uns alles zu tun, dass dies nie wieder geschieht.

Papst Franziskus formulierte am 1. Januar 2017 in seiner Neujahrs-ansprache:

„Die atomare Abschreckung und die Drohung der gesicherten gegenseitigen Zerstörung können kein Fundament für eine Ethik der Brüderlichkeit und der friedlichen Koexistenz zwischen Menschen und Völkern sein.“

Wir brauchen eine neue Politik der Zusammenarbeit statt der Konfrontation, wir brauchen neue Verhandlungen und neue Rüstungsbegrenzungs- und vor allem Atomwaffenbegrenzungsabkommen.

Und um dies zu erreichen brauchen wir wieder eine viel größere, viel einflussreichere Friedensbewegung damit.

Unsere Forderungen bleiben bestehen:

Keine Atomwaffen auf deutschem Boden!

Keine logistische und militärische Unterstützung für Atomwaffen!

Abschaffung aller Atomwaffen weltweit!

Was können wir, was können sie tun?

Erinnern Sie Bundestagsabgeordnete an den Beschluss aller Parteien des Bundestags vom 26.3.2010, „den Abzug der in Deutschland stationierten Atombomben mit Nachdruck zu verfolgen“ und fordern Sie mit Ihrer Unterschrift auf www.atomwaffen-frei.de den Abzug aller Atomwaffen aus der BRD!

Fordern Sie die Bundesregierung auf, den UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag zu unterzeichnen. 68 Staaten haben ihn ratifiziert, 92 unterzeichnet. Deutschland – und alle NATO-Länder - haben den Vertrag bisher nicht unterschrieben. Atomwaffen sind jedoch für völkerrechtswidrig erklärt – uns sehr viele deutsche Politiker treten immer wieder dafür ein, dass sich andere Länder an das Völkerrecht halten sollen und 93% der Bundesbürger sprechen sich für eine Unterzeichnung des Atomwaffenverbots aus.

Unterstützen Sie unseren Eintreten gegen die neuen deutschen und europäischen auch atombewaffneten Mittelstreckenraketen!

Unterstützen sie unseren Bemühungen gegen die neue Hochrüstungsspirale, gegen das Anstreben einer Kriegstüchtigkeit und gegen die Einführung einer neuen Wehrpflicht!

Wechseln Sie Ihre Bank, wenn diese in Atomwaffenhersteller oder andere Rüstungsgüter investiert:

Laut einer Studie von ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) und der niederländischen Friedensorganisation PAX haben 10 deutsche Finanzdienstleister seit Januar 2017 den Atomwaffen-Produzenten insgesamt rund 11,67 Milliarden US Dollar zur Verfügung gestellt.

Das sind insbesondere die Deutsche Bank, die Volks- und Raiffeisenbanken, die Commerzbank, die Deka-Gruppe – also die Sparkassen –, die Bayerische Landesbank, die Allianz. u.a.

Investieren Sie in den Frieden und wählen Sie eine ethisch und ökologisch bessere Bank wie z.B. die GLS-Bank, die Umweltbank, die Triodos-Bank oder die Ethikbank für Ihre Geldgeschäfte.

Kommen sie zur Kundgebung am 6. August auf den Münsterplatz in Konstanz und demonstrieren sie mit uns am 3. Oktober in Stuttgart für Frieden und Abrüstung und gegen neue Mittelstreckenraketen!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit